

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riessa
Ferauf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Strolache:
Riessa Nr. 52.

Nr. 227.

Dienstag, 27. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verzieranten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riessa.

Der Propagandachef des Unfriedens.

Herriots Rede und Papens Taktik.

Wer kein allzu durchlässiges Gedächtnis hat und sich der Tonarten der Grenzpropaganda während des Krieges noch entsinnt, dem kann es nicht entgehen, daß sich in der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten Herriot Töne und Melodien wiederfinden, die genau denen der Grenzpropaganda während des Krieges entsprechen. Man hat jenseits des Rheins weder die Handhabung dieses mächtigsten Instruments zur Bearbeitung der Weltmeinung vergessen, noch die Stimm verloren, es zu jedem nur denkbaren Zweck einzusetzen, falls es nur zweckmäßig erscheint.

Was hat nun die deutsche Diplomatie dieser Taktik entgegenzusetzen? Und die andere nicht minder wichtige Frage: Was hat die deutsche Diplomatie getan, um von vornherein allen im Verlauf der deutschen Gleichberechtigungsbewegung möglichen Wendungen und Wirkungen vorzubeugen, wie sie Herriot jetzt herbeizuführen versucht, der Mann, der vor wenigen Jahren noch die Sprache Goethes sprach, den Genius Goethes zu deuten unternahm und der sich jetzt zum bedeutendsten Propagandachef des Unfriedens in Europa macht?

Die Antwort auf diese Frage ist sehr unbefriedigend. Denn die politische Weltbühne auf dem Niveau eines ersten und strengen wissenschaftlichen Institutes stünde, so könnte man Herrn von Papen, seinen Mitarbeitern und seinen Vorgängern, zubilligen, daß sie in ernster, würdiger und sachlich unanfechtbarer Weise zu dem Problem beigetragen haben, was irgend möglich war. Da aber die Politik sich immer noch auf dem Niveau abspielt, das seit Jahrhunderten ihre Arena ist, mußte von vornherein anders operiert werden. Insbesondere hätten diese anderen Methoden benutzt werden müssen, als Herr von Papen mit der direkten Aktion in der Gleichberechtigungsbewegung. Hat man schon wieder vergessen, wie lächerlich und zwecklos patetische Beschuldigungen und Appelle an das Weltgewissen sind, wenn man sie nicht mit handgreiflichen Tatsachen unterbaut und untermauert? Warum hat man nicht von vornherein, angriffsweise und in Voraussicht dessen, was die Propaganda der Gegenseite versuchen würde, verhindert, daß Herr Herriot sich auch nur für einen Augenblick mit dem leichten Anschein des Rechts auf Völkerbundspolitik und Völkerbundsautorität stützen konnte? Warum hat man der Welt nicht rechtzeitig und ausreichend nachdrücklich gesagt, daß — nach den Erfahrungen mit dem Völkerbund im fernöstlichen Konflikt — Deutschland es nicht gewantworten könne, Gefahr zu laufen, daß der Völkerbund sich eines Tages genau so indifferent verhalten werde, wenn aus Ostpreußen eine europäische Mandatskurie gemacht würde? Warum beruft man sich auf Recht und Ethos, wenn man sich auf Tatsachen stützen kann?

Seine Kanzler-Erklärung vor dem Ausschuß.

Nur Antworten.

Berlin. (Zuspruch.) In politischen Kreisen steht man naturgemäß mit einiger Spannung der Verhandlung entgegen, die heute nachmittag vor dem Ueberwachungs-ausschuß stattfindet. Wie wir erfahren, wird aber der Reichskanzler, der heute vormittag von seiner Ostpreußen-reise wieder in Berlin eingetroffen ist, keine besondere Erklärung abgeben, sondern nur auf Fragen antworten. Die Kabinettsführung, mit der man für heute rechnete, ist übrigens nicht vorgezogen.

Der Eindruck der Braun-Rede.

Berlin. Der „Abend“ spricht von einem Programm für die Agrarier. Die „Post“ bezeichnet es als erfreulich, daß nicht in die Pfandbrief-Banken eingegriffen werde. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß die großen Geschäftsmomente für eine Verschlechterung der handelspolitischen Beziehungen und damit für eine Gefährdung der deutschen Ausfuhr durch eine einigermassen elastische Regelung abgesehen zu sein scheinen. Der „Völkenspiegel“ spricht von einem gefährlichen Kurs.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist der Auffassung, daß die Bemerkungen, eine Synthese zwischen den Wünschen der Landwirtschaft und den Interessen der Allgemeinheit sowie der deutschen Industrie zu finden, anerkenntenswert, wenn auch keineswegs gelungen sind.

Die „Völkenspiegel“ findet, daß die mehrfach betonte Erkenntnis der Reichsregierung von der verständnisvollen Förderung des Binnenmarktes als der ersten Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft in den einzelnen Programmpunkten einen klaren und eindeutigen Niederschlag gefunden habe.

Die Deutsche Tageszeitung überschreibt ihren Kommentar „Zimmer noch Halbschiffen“. Es sei festzustellen, so schreibt das Blatt, daß die Landwirtschaft in der Frage der Paktentzung teilweise doch wieder nur vor Anfängen stehe, die zum Teil noch mit dem deutlichen Charakter der Halbheit behaftet seien. Die Reichsregierung müsse schnellstens und müsse namentlich gegenüber dem Auslande mit härterer Entschlossenheit als sie hier bisher sichtbar geworden sei, handeln, damit diese Hoffnung nicht wieder zu Schanden werde.

Der Reichskanzler wieder in Berlin.

Ein Interview mit dem Reichskanzler.

Königsberg. (Zuspruch.) Auf seiner Heimreise von Ostpreußen nach Berlin gewährte Reichskanzler von Papen dem Chefredakteur der Königsberger „Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung, in der er zur Sonntagrede Herriots erklärte, wenn diese Rede wirklich so gehalten worden sei, so sei sie ihm allerdings völlig unverständlich. Wenn Herriot den Erfolg der Jugendberühmigung kritisiere, so könne er nur erklären, daß die körperliche und geistige Wehrhaftmachung der Jugend die erste sittliche Pflicht zum Schutze des Vaterlandes sei, und daß sie nur das Postulat der Sicherheit erfülle, mit dem Frankreich dauernd operiere.

Der Reichskanzler betonte weiter mit Nachdruck, wie sehr ihm die Wiederherstellung gefestigter verfassungsmäßiger Zustände am Herzen liege. Die Regierung lehne es ab, selbst Partei zu ergreifen, da dies ihrer Grundausfassung widerspreche. Er glaube aber mit Bestimmtheit, daß Mittel und Wege gefunden würden, um diejenigen, die

Sinn und Ziel dieser Regierung befehlen, für die Wahlen zu sammeln.

In den Behauptungen, die Reise des Kanzlers nach Ostpreußen sei erfolgt, um Unstimmigkeiten des Kabinetts mit Ostpreußen in den einflussreichen Kreisen zu beseitigen, erklärte der Kanzler, daß er diese Unterstellung als einfach lächerlich bezeichnen müsse.

Seine Reise nach Ostpreußen, fuhr der Kanzler fort, soll ein Beweis für das Interesse sein, das die Reichsregierung Ostpreußen und besonders seinen schwer geschädigten Notstandsgebieten entgegenbringt. Die Möglichkeit einer weiteren Hilfe für diese Gebiete wurde geprüft. Ich hoffe, daß schon das nunmehr veröffentlichte Agrarprogramm der Regierung der ostpreussischen Landwirtschaft beweist, daß wir entschlossen sind, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen. Gegenüber den in der Provinz verbreiteten Gerüchten, daß die Dithilfe abgebaut werden sollte, erklärte der Kanzler, daß davon keine Rede sein könne, die Reichsregierung werde im Gegenteil bemüht sein, den Gang der Dithilfe zu beschleunigen.

Appell an das gesamte deutsche Unternehmertum.

Rede des Reichswirtschaftsministers.

Berlin. (Zuspruch.) In seiner Rede, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold bei der Eröffnung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer hielt, überbrachte er zunächst die Glückwünsche der Reichs- und der preussischen Staatsregierung und die besonderen Grüße des preussischen Handelsministeriums.

In Zeiten wie der gegenwärtigen Krise glaubt jeder Stand, der am meisten notleidende zu sein, so fuhr der Minister dann fort, jeder glaubt, der Hilfe des Staates am meisten zu bedürfen. Der Staat soll aber stets das Ganze sehen. Daraus ergibt sich, daß er nicht alle Einzelwünsche sich zu eigen machen, noch weniger, sie erfüllen kann. Der Staat ist verpflichtet, jede Maßnahme nicht auf ihre Wirkung auf den einzelnen, sondern auf ihre Wirkung auf die Gesamtheit zu prüfen. Es ist unbillig, betonte der Minister, in einem so dicht bevölkerten Lande, ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen, allen Menschen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einzustellen versuchen würde. Daher müsse die Arbeitslosigkeit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden.

So unbillig eine Politik mit den Zielen eines Schriftzuges aus den weltwirtschaftlichen Verpflichtungen wäre, so wenig komme in Frage, unsere eigenen Hilfsquellen auszunutzen zu lassen. Unser Ziel müsse sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm investierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen

Arbeitskräfte und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden. Dies Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Güteraustausch mit dem Auslande effektiv behandeln.

Die Entwicklung der Welt in den letzten Jahren, fuhr Dr. Warmbold fort, ist gekennzeichnet durch die zunehmende Absperrung der aneinander angewiesenen Länder im Warenverkehr und durch die Kreditkrise, welche zu der Finanzschwäche des Kapitals und Zahlungsverkehrs in wichtigen Ländern geführt hat. Unser deutsches Interesse liegt eindeutig darin, beide Schwächen zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzuführen. Je schneller das gelingt, um so schneller wird sich die Welt aus ihrer unhaltbaren Lage befreien. Die ersten Reime dieser Erkenntnis zeigen sich heute. Wir wollen hoffen, daß sie auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz vertieft und zur praktischen Auswirkung gebracht werden.

Unsere eigene Lage erlaube es uns jedoch nicht, bis zu diesem Zeitpunkt zu warten. Die deutsche Regierung müsse daher den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen dem gegenwärtigen Notzustand zu begegnen und seine Ueberwindung erleichtern. Das Gelingen des Weltwirtschaftsprogramms hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und die Reichsregierung hofft hierbei darauf, daß ganz besonders die zahlenmäßig starke Schicht der mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Planes von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung nicht verlagert. Ich möchte daher auch an dieser Stelle an das gesamte deutsche Unternehmertum den Appell richten, die ihnen gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen.

Ubrüstungsarbeiten bis 10. Oktober vertagt.

Genf. Das Büro der Abrüstungskonferenz ist gestern nachmittag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, in der beschlossen wurde, die Arbeiten vorläufig bis zum 10. Oktober zu unterbrechen.

Sonderaktion stellte in der Sitzung noch mit, daß der Vorsitzende des Luftfahrt-Ausschusses der Konferenz, de Madriaga, beantragt worden sei, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht über das Verbot der Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung und im Zusammenhang damit über Kontrollmaßnahmen für die Zivilflugsicherheit vorzulegen. Bekanntlich hat in der letzten Sitzung des Büros de Madriaga darauf hingewiesen, daß die Behandlung dieses Planes durch die Abwesenheit Deutschlands erschwert sei.

Sonderaktion erklärte gestern dazu, daß er inzwischen eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister gehabt habe, und daß er damit rechne, Freiherr v. Neurath noch einmal in diesen Tagen zu sprechen. Er hoffe, daß diese Unterhaltungen die Behandlung der Frage erleichtern werden.

Genfer Besprechung Herriot-Sonderaktion.

Genf. (Zuspruch.) Ministerpräsident Herriot suchte heute vormittag in Begleitung Paul Boncour den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Sonderaktion, auf. Man nimmt an, daß in dieser Besprechung die Lage auf der Abrüstungskonferenz eingehend erörtert worden ist.

Besuche bei Freiherrn v. Neurath.

Genf. Der türkische Außenminister Tewfik Rulhdi Bey besuchte gestern nachmittag den deutschen Außenminister Freiherrn v. Neurath. Herr v. Neurath empfing außerdem den Besuch des ungarischen Delegierten auf der Völkerbundsversammlung, General Tanzos.

Die Besprechung Simon-Herriot

Genf, 27. September.

Die angekündigte Besprechung zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot fand Montagabend kurz nach der Ankunft Herriots im Hotel der französischen Delegation statt. Die Besprechung dauerte etwa drei Viertel Stunden. Simon begab sich unmittelbar darauf in größter Eile zum Bahnhof. Man hatte den Eindruck, daß die Besprechung nicht zu Ende geführt wurde. Der englische Außenminister ist mit dem Nachtzug nach London zurückgekehrt.

Herriot wich Fragen, die nach Schluß der Besprechung an ihn von Pressevertretern gestellt wurden, aus. Auch auf die Frage, ob er den deutschen Außenminister sehen werde, gab er keine bestimmte Antwort. Er erklärte, daß er für seinen Aufenthalt in Genf noch kein bestimmtes Programm habe. Es scheint auch noch keine Entscheidung darüber getroffen zu sein, ob Herriot in der Völkerbundsversammlung sprechen wird.

Das Büro der Völkerbundsversammlung.

Genf. Die Völkerbundsversammlung nahm gestern nachmittag die Wahl des Büros vor. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Freiherr v. Neurath, der italienische Unterstaatssekretär Aloise, Sir John Simon, Herriot, Posthalter Medina (Nicaragua) und der japanische Posthalter Nagasaka. Heute Dienstag vormittag sind die Kommissionen zusammengesetzt. Die Generalsitzung in der Völkerbundsversammlung wird heute nachmittag beginnen.